

---

## Protokoll der Delegiertenversammlung vom 5. Mai 2001

Tagespräsidentin: Maryse Villars, Mitglied der Grünen des Kantons Jura

### 1. Begrüssung

Maryse Villars begrüsst die Delegierten im Namen der jurassischen Grünen.

Für die Delegiertenversammlung entschuldigt sind: Pia Hollenstein, Fernand Cuche, Pascal Schacher, Alex Martinovits, Herbert Karch, Ruth Gonseth, Cécile Bühlmann, Myrta Giovanoli, Gudrun Haueter, Ruth Rufer.

Ruedi Baumann: Umweltthemen liegen in der Luft und doch wird uns Grünen der Vorwurf gemacht, wir seien nicht präsent. Tatsache ist, dass wir uns nicht auf Schlagwortpolitik beschränken, wir opfern nicht unsere Werte, um auf Wachstumzug aufzuspringen. Es ist schwierig, Zukunftsprojekte mehrheitsfähig zu machen. Aber wenn im Rahmen der 11. AHV-Revision für die Flexibilisierung 1,5 Milliarden oder 800 Millionen gesprochen werden, dann auch dank dem Erfolg unserer Initiative.

Erica Hennequin heisst die Delegierten im Jura willkommen. Das Mouvement écologiste jurassien wurde 1991 gegründet, und vor kurzem umbenannt in Les Verts jurassiens. Die Sektion ist nicht im Parlament vertreten.

Die Jurassier haben mit mehr als 70% unsere Rentenalter-Initiative angenommen.

### 2. Gast aus Frankreich

Hubert Zurkinden teilt mit, dass leider niemand aus Frankreich an der Delegiertenversammlung teilnimmt, obwohl die Einladung und Anfrage schon vor langer Zeit nach Paris gegangen ist.

### **3. Statutarisches**

Als Stimmenzähler gewählt werden Markus Hari, Kathrin Giovannone, Suzanne Jungclaus, Luzius Theiler.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 10. März auf dem Monte Generoso wird einstimmig genehmigt.

### **4. Informationen**

Hubert Zurkinden informiert über die Gesellschaft Solitex, die von vier Hilfswerken gegründet worden ist, um Altkleider zu sammeln. Die dafür nötigen Container könnten von Grünen Ortsgruppen als Werbeflächen benutzt werden, nähere Infos bei Hubert.

Noch immer ist nicht bekannt, wann unsere Initiative „Energie statt Arbeit besteuern“ zur Abstimmung kommt, wahrscheinlich ist der 2. Dezember. Die Kampagnenleitung hat Kontakt aufgenommen mit den Kantonen, auch mit Organisationen, die unser Anliegen unterstützen werden. Erste Entwürfe für Plakat und andere Unterlagen werden nächste Woche besprochen, Argumentarium sollte auch nächste Woche fertig sein.

Ruedi Baumann berichtet aus der Fraktion. Anlässlich der Session im Tessin sind die Grünen mit einer Kampfkandidatin für die Wahlen ans Versicherungsgericht angetreten, Brigitte Pfiffner hat dabei einen Achtungserfolg erzieht.

Ausblick Sondersession, die ganz der 11. AHV-Revision gewidmet ist. Ziele der Grünen: 1,5 Milliarden für Flexibilisierung, Erhalt der Witwenrente, Mischindex erhalten, keine Finanzierung auf dem Buckel der Frauen. Noch unklar ist, ob die Fraktion am Schluss für oder gegen die Revision stimmen wird.

### **5. Aufnahme Grünes Bündnis Bern als Beobachter**

Therese Frösch: Am 3.6.87 wurde das Grüne Bündnis (GB) von SAP-, POCH- und freischwebenden linksgrünen Leuten gegründet. GB spielt Vorreiterrolle in rotgrüner Stadtpolitik von Bern, Biel und Köniz. Rotgrüne und feministische Programmatik, beide gleichwertig in der Umsetzung. Standortbestimmung aus Anlass des 10-jährigen Jubiläums, Entscheid für Engagement auch auf nationaler Ebene. Die Idee einer Formierung links-grüner Kräfte auf schweizerischer Ebene, links von SPS und Grünen ist zur Zeit nicht realistisch, deshalb diesen Weg der Annäherung an die Grünen Schweiz gewählt. Die Grünen als ausserhalb der Regierung stehende Kraft sind ins Machtkartell weniger eingebunden, bringen positive Impulse in Politik ein(Tandem-Initiativen).

*Das Grüne Bündnis Bern wird einstimmig als Beobachter aufgenommen.*

## 6. Abstimmungen vom 10. Juni 2001

### **Militärgesetzrevision**

Anstelle von Fernand Cuche führt Hubert Zurkinden in die Vorlage ein. Die Militärgesetzrevision war innerhalb der Grünen sehr umstritten, die DV in Bern vom letzten Jahr hat sich mit ganz knapper Mehrheit gegen Unterstützung des Referendums ausgesprochen. Zwei Sachen kommen am 10. Juni zur Abstimmung: Bewaffnungsvorlage und Ausbildungszusammenarbeit. AUNS hat das Referendum gegen beide Vorlagen lanciert, GSoA hat nur gegen die Bewaffnungsvorlage das Referendum ergriffen, empfiehlt aber für beide Vorlagen ein NEIN.

*Bewaffnungsvorlage:* GSoA hat aus drei Gründen Referendum ergriffen: UNO/OSZE Mandat verlangt, diese Forderung ist jetzt erfüllt. GsoA wollte nur „friedenserhaltende“ Einsätze erlauben, jetzt steht im Text „friedensunterstützende“, würde Teilnahme an kriegerischen Handlungen nicht ausschliessen. GsoA wollte Bewaffnung nur zum Selbstschutz, die Revision geht aber auch da weiter.

*Ausbildungszusammenarbeit:* Heute muss jede militärische Übung mit ausländischen Armeen nach komplizierten Verfahren bewilligt werden. Dies soll erleichtert werden.

Thomas Heuberger, Arzt und Mitglied der Grünen Freie Liste (BE), spricht sich für die Gesetzesrevision aus. Revision erfüllt nicht alle unsere Bedingungen, aber viele.

Internationale Solidarität ist gefragt, Verantwortung gegenüber der Welt, Meinung der Welt über uns wichtig. Glaubwürdigkeit von Schweizer Helfern ist stark beeinträchtigt, wenn die Schweiz nicht bereit ist, mit zu machen. Helfer haben auch Recht auf Schutz. Wenn Armee, dann gut ausgerüstet, Zusammenarbeit in Ausbildung bringt Vorteile für alle Seiten.

Politischer Aspekt: Gefahr, zum Instrument der SVP zu werden. Wenig Veränderung bei Annahme der Vorlagen, bei Ablehnung aber Bild als ewiger Nein-Sager in der Welt. Zementiert Isolation unseres Landes in der Welt.

Franziska Teuscher legt dar, weshalb sie, die für eine offene und solidarische Schweiz, ist, zweimal Nein stimmen wird. Vorlage hat mit Frieden, Solidarität und Humanität nichts zu tun. Neue Aufgabe für die Armee ohne Feind und Aufgabe. Wesentliche Punkte der links-grünen Forderungen wurden nicht berücksichtigt. „Zur Erfüllung der Aufgabe notwendige Bewaffnung“ schliesst alles ein und lässt vieles zu. Friedenserzwingende Einsätze wollten wir definitiv ausschliessen, jetzt steht „friedensunterstützende Massnahmen“

was eben auch friedens erzwingend heissen kann. Kriegseinsätze unter Führung der Nato können durchaus unterstützt werden. UNO-OSZE-Mandat einziges Zugeständnis.

Kein Beitrag zu einer politischen Öffnung der Schweiz. Nato-Kompatibilität. Zivile Alternativen unterstützen. Deshalb 2x Nein!

Anne-Catherine Menétrey spricht sich gegen die beiden Gesetzesvorlagen aus. Es besteht die Gefahr, dass mehr Geld in bewaffnete Einsätze gesteckt wird als in zivile Hilfe. Von Beginn war die Situation klar, die GSoA hat selber Unterschriften gesammelt, die Leute verstehen die Sache und verstehen zu unterscheiden zwischen SVP-Referendum und unserem. Wir Grüne sind antimilitaristisch.

Dieser Haltung schliessen sich Jean Jossen und Luzius Theiler an, der nur zur Ausbildungsvorlage spricht, die von ihm aus gesehen schlimmer ist, Tür und Tor für Missbrauch öffnet und faktisch die Integration in die Nato bedeutet.

Auch Roland Wiprächtiger, Max Schneider, Philip Federer, Balthasar Glättli, Ruth Genner und Patrice Mugny sind gegen die Vorlage : Gerade am Fall Kosova zeigt sich, dass die Frage auf politischer Ebene gelöst werden muss. Wirtschaftliche Hilfe wäre angebrachter, Wohlstand wurde durch viele AlbanerInnen hier in der Schweiz ermöglicht. Die Gesamtrevision der Armee soll abgewartet werden, diese Teilrevision ist unnötig, eröffnet nur neue Spielwiese und neue Legitimation für Militärs.

Es gibt keinen Grund, dem BR zu glauben, der Zusammengehen mit Nato verneint, dabei gibt es zur Zeit keine andere militärische Macht.

Für 2x Ja sprechen sich Claudius Schauffler, Manuel C. Widmer, Ruedi Baumann, Ruedi Vögtlin und Ueli Stückelberger aus. Es geht jetzt nicht um Armeeabschaffung oder Nato-Beitritt, es geht nicht um Friedenspolitik der UNO. Es geht darum, wie wir uns der Welt gegenüber verhalten.

Sämtliche zivilen Organisationen würden bestätigen, dass sie sofort aufhören müssen mit ihrer Arbeit, wenn sie nicht von bewaffneten Soldaten geschützt werden. Sandkastenübungen in der Schweiz, dabei wäre sie dort notwendig.

Nein heisst nicht ein Franken weniger für Armee, würde aber UNO-Abstimmung gefährden. Unser Ja zu Europa hat jetzt auch die Konsequenz, zu diesen Vorlagen Ja zu sagen.

Es geht um die Grundsatzfrage, ob die Schweiz mitmacht oder ob sie wieder abseits steht.

Einzelne Redner erwägen auch Stimmfreigabe.

*Anschliessend an die Diskussion wird die Ausbildungszusammenarbeit mit 54 gegen 21 bei einer Enthaltung abgelehnt.*

*Die Bewaffnungsvorlage wird mit 50 gegen 24 bei zwei Enthaltungen abgelehnt.*

## **Bistumsartikel**

Patrice Mugny stellt die Vorlage kurz vor und votiert für die Abschaffung des Artikels.

Pierre Santschi kritisiert, dass es nur schwache Gründe seine, die für die Aufhebung sprechen. Er schlägt vor, keine Wahlempfehlung abzugeben.

*Anschliessend stimmen 33 für die Abschaffung des Bistumsartikels, zwei sprechen sich dagegen aus und 14 enthalten sich der Stimme. Mit 26 zu 22 Stimmen sprechen sich die Delegierten gegen Stimmfreigabe aus.*

## **7. Grüne Position für eine gesunde Nahrungsproduktion**

Ruth Genner stellt die Resolution für eine nachhaltige, gesunde Nahrungsmittelproduktion vor.

Einige Änderungsvorschläge werden eingebracht (Giorgio Canonica: unter 3.7 Verbot von Hormonfleisch und unter 4.3. Biodiversität einfügen; Claudius Schauffler: „nachhaltig“ durch „zukunftsfähig“ ersetzen und Luzius Theiler: Forderung nach nationalem Label, Deklaration auch für importierte Lebensmittel).

Die Resolution wird anschliessend mit allen Änderungsvorschlägen einstimmig angenommen

## **8. Verschiedenes**

### **Resolution zum Erhalt des Lkw-Nachtfahrverbots und für die Einführung eines Lkw-Fahrverbots an Stautagen.**

Die Resolution wird vorgestellt von Christa Mutter.

Giorgio Canonica schildert die Situation aus Sicht des Tessins.

Die Tessiner haben eigene Resolution geschickt, allerdings zu spät. Sie schlagen vor, Elemente ihrer Resolution einzufügen

Hubert erklärt, dass er beide Seiten gebeten hat, eine gemeinsame Resolution zu verfassen, dies ist aber nicht geschehen. Er schlägt vor, jetzt nur über die schriftlich vorliegende Resolution zu befinden. Die Vorschläge der Tessiner sollen an der nächsten Vorstandssitzung behandelt werden.

Die Delegierten sprechen sich dann aber mit 36 Ja bei 11 Nein für die Einarbeitung der Tessiner Vorschläge in die Resolution der Alpen-Initiative aus.

Diese veränderte Resolution wird schliesslich mit 44 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Bern, September 2001 / Gabriela Bader